

SCHRIFTENREIHE DENKANSTÖßE

*Kritische Interventionen  
in der rassistischen  
„Integrationsdebatte“*

Max Pichl

## ZUSAMMENFASSUNG

Die Sarrazin-Debatte hat Deutschland stärker nach rechts gerückt. Rassismus gegenüber Migrant\_innen, die angebliche "Deutschenfeindlichkeit" und lediglich nach ökonomischer Nützlichkeit ausgerichtete Migrationspolitiken bestimmen den Diskurs über "Integration" und Migration. Kritische Überlegungen zu einer durch und durch falschen Debatte sind daher nötig.

*Maximilian Pichl* studiert Rechtswissenschaften und Politikwissenschaften in Frankfurt am Main. Er ist Mitglied im Netzwerk Migrationsrecht und im Arbeitskreis Kritischer JuristInnen.

Kontakt: [max.pichl@t-online.de](mailto:max.pichl@t-online.de)

Die *Denkanstöße* sind eine regelmäßig erscheinende Publikation des Instituts Solidarische Moderne. Die veröffentlichten Texte stellen nicht zwangsläufig die Position des Instituts dar, sondern sind als Diskussionsgrundlage gedacht.

Textvorschläge für die Schriftenreihe *Denkanstöße* können per E-Mail geschickt werden an: [publikation@solidarische-moderne.de](mailto:publikation@solidarische-moderne.de). Über die Veröffentlichung eingesendeter Beiträge entscheidet ein Auswahlgremium des Instituts.

Das Institut Solidarische Moderne e.V., 2010 mit Sitz in Berlin gegründet, ist Programmwerkstatt und demokratischer Kulturverein mit einer Doppelfunktion: Im engen Dialog von politischer Praxis und konstruktiver Wissenschaft erarbeitet das ISM mit seinen 1.500 Mitglieder Entwürfe zu ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen einer demokratischen Gesellschaftsreform. Es unterstützt gesellschaftliche Kräfte bei der Entwicklung eines emanzipatorischen Reformprojekts und es bemüht sich um die Realisierung einer entsprechenden Machtoption.

[www.solidarische-moderne.de](http://www.solidarische-moderne.de) | [info@solidarische-moderne.de](mailto:info@solidarische-moderne.de)

## ***Kritische Interventionen in der rassistischen „Integrationsdebatte“***

Eine solche Debatte gab es in der Bundesrepublik lange nicht mehr in dieser Intensität: Angefacht von den biologistischen Thesen des Ex-Bundesbankers Thilo Sarrazin, versuchen Politiker\_innen aller Parteien, sich in der „Integrationsdebatte“ mit rassistischen Forderungen zu überbieten. Wenn die damalige rot-grüne Bundesregierung etwas geschafft hatte, dann, dass das gesellschaftliche Klima in Deutschland sensibler auf rechte Rhetorik reagierte. Heute fühlt man sich hingegen in die Zeit Anfang der 90er Jahre versetzt, als in Rostock-Lichtenhagen Asylbewerber\_innen verfolgt und das Asylrecht im Deutschen Bundestag faktisch abgeschafft wurde. Zwar gibt es noch keine derartigen Pogrome und Grundrechtsbrüche wie damals, aber der diskursive Nährboden für solche Gewaltakte wird gelegt.

Besonders heuchlerisch ist das Verhalten vieler Politiker\_innen, die anfangs Sarrazins Thesen heftigst kritisierten und nun – nur wenige Monate später – die selben Forderungen in den politischen Diskurs einbringen. Bundeskanzlerin Angela Merkel meint „Multi-Kulti“ sei tot, CSU-Chef Horst Seehofer fordert einen Einwanderungsstopp, SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel möchte ein härteres Vorgehen gegen „Integrationsverweigerer“, und Familienministerin Kristina Schröder prangert eine angebliche Deutschenfeindlichkeit an. Es erscheint kaum mehr möglich, diese Debatte zu versachlichen, denn der abgesteckte Diskursrahmen, in dem sich diese bewegt, ist insgesamt falsch, nämlich theoretisch schwach untermauert und strukturell rassistisch. Komplexe soziale Realitäten werden auf wenige Schlagwörter verkürzt.

Dennoch will ich versuchen, die politischen Intentionen dieser Debatte offen zu legen und Vorschläge für eine linke Reformstrategie zu machen. Ich selbst als Autor bin von den Diskriminierungen, die in dieser Debatte aufscheinen, nicht betroffen. Einzelne Migrant\_innen und Gruppen wie „Kanak attack“ weisen bereits seit Jahren auf die Missstände im Integrationsdiskurs hin; einige ihrer Argumente mache ich mir zu eigen.

### ***Integration? Nein Danke!***

*Mit einigem Recht darf man heute fragen, wie es kommt „dass von links bis rechts Integration in aller Munde ist und geradezu als Heilmittel für Problemlagen aller Art heraufbeschworen wird?“ (Prodoliet 2006)*

Das Schlagwort „Integration“ bestimmt seit Jahrzehnten die Debatte um Einwanderung und Rechte für Migrant\_innen. In neueren Forschungsarbeiten wurde mittlerweile herausgearbeitet, dass der Begriff „Integration“ zunächst von den Migrant\_innen selbst auf die politische Tagesordnung gestellt wurde. Ausgangspunkt dieser Debatte waren so unterschiedliche soziale Auseinandersetzungen, wie die Rechte von Gastarbeiter\_innen, ein kommunales Wahlrecht für Migrant\_innen, die Häuserkämpfe im Frankfurter Westend in den 1970er Jahren, sowie die „wilden Streiks“ in den Fordwerken. Integration wurde aus Sicht der Migrant\_innen als „Antwort auf die organisierten migrantischen Forderungen“ verstanden, „die grundsätzliche Fragen des Lebens in der Migration betreffen, sowie als Reaktion auf die unzähligen, alltäglichen Praktiken der Selbsteingliederung“.<sup>2</sup> „Integration“ war also zunächst ein emanzipatorischer Begriff, der die Anerkennung autonomer migrantischer Praxen einschloss.

Einen diskursiven Turn erfuhr der Begriff ab dem Zeitpunkt, als sich deutsche Politiker\_innen des Konzepts bemächtigten, obschon zunächst in migrationsfreundlicher Absicht. Der deutschen Integrationspolitik war jedoch stets das „Defensiv-Dreieck von Integration, Zuzugsbegrenzung und Rückkehrforderung“<sup>3</sup> eingeschrieben. „Integration“ ist aus dieser Perspektive ein Instrumentarium zur Verhinderung von weiterer Migration nach Deutschland.

Was heute unter „Integration“ genau zu verstehen sei, dessen sind sich selbst die Apologeten der „Integration“ nicht sicher. Horst Seehofer griff Bundespräsident Christian Wulff scharf an, als dieser den Islam als zum heutigen Deutschland gehörig bezeichnete. Der CSU-Chef verwies hingegen auf die 2000jährige christlich-jüdische Tradition in Deutschland. Wer von dieser Tradition spricht, redet von der Vergangenheit und nicht von den Problemen der Gegenwart; außerdem darf er die eliminatorische Politik der

---

<sup>1</sup> Die Überschrift geht zurück auf die Kampagne „Integration? Nein danke!“ von der Plattform gegen Rassismus, einem Zusammenschluss verschiedener migrantischer Initiativen.

<sup>2</sup> Hess, Sabine/Moser, Johannes (Hrsg.) (2009): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa, Bielefeld, S. 15

<sup>3</sup> Ebd., S. 16 (zitiert nach Klaus Bade)

Nazis gegenüber den Jüdinnen und Juden nicht vergessen. Der nationalsozialistische Rassenwahn wurzelt im christlich geprägten Antijudaismus.

Die deutsche Vernichtungsmaschinerie wurde damals trotz der Integrationsanstrengungen der jüdischen Bevölkerung in Mitteleuropa in Gang gesetzt. Das christlich-jüdische Abendland ist vor diesem Hintergrund eine konstruierte Projektionsfläche, die für die reale „Integrationsdebatte“ nichts taugt.

Schaut man derweil in den aktuellen Nationalen Integrationsplan (NAP) der Bundesregierung, dann bekommt man eine ungefähre Ahnung davon, was „Integration“ in Deutschland bedeuten soll. Gemeint ist stets die „Integrationsbereitschaft“ der Migrant\_innen, die sich durch die Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen, Weiterbildungsmaßnahmen und mehr zeigen soll. Die Aufnahmegesellschaft, sprich: die weiße, deutsche Mehrheitsgesellschaft soll dafür etwas mehr Toleranz gegenüber anderen Menschen zeigen. Diese Politik lässt sich verkürzt auf die Parole „Fördern und Fordern“ herunter brechen. Keine Rede ist von der „Integrationsbereitschaft“ der Deutschen. Wie steht es zum Beispiel bei einem christlich geprägten, einkommensstarken Stadtteil, wo das nachbarschaftliche Straßenfest, der sonntägliche Kirchgang, das Elite-Gymnasium und der Tennisclub das Bild prägen? Spiegelt sich hier nicht auch eine Art Parallelgesellschaft, die keineswegs verallgemeinerungsfähig für deutsche Groß- oder Kleinstädte steht, die jedoch in der Öffentlichkeit als „normal“ gilt? Warum eigentlich werden „Parallelgesellschaften“ per se als etwas Schlechtes dargestellt? Stadtteile wie „Chinatown“, „Little Italy“ oder „Little Odessa“ in New York, Vancouver oder Melbourne zeigen doch, dass Parallelgesellschaften zu modernen Demokratien dazugehören und diese bereichern. Die „einheitsdeutsche“ Stadt ist gefährlicher für ein freiheitliches Zusammenleben, als das Nebeneinander existieren verschiedener Lebensstile.

Hinter dem Wort „Integration“ steckt offenkundig die unmissverständliche Aufforderung allein an die Migrant\_innen, sich einseitig und um jeden Preis an eine wie auch immer geartete „deutsche Leitkultur“ anzupassen. Das gipfelt darin, dass im Einbürgerungstest nachgeprüft wird, wo die Kreidefelsen von Caspar David Friedrich stehen und wie man den Begriff „Bundesstaat“ definiert.

Die „Integrationsdebatte“ verweist auf ein zentrales Problem moderner Gesellschaften, das die Soziologin Seyla Benhabib als „demokratisches Paradox“ bezeichnet.<sup>4</sup> Liberale Demokratien sind mit dem konstitutiven wie unauflösbaren Widerspruch konfrontiert, dass sie sich einerseits auf universelle Menschenrechte berufen und andererseits das Ideal demokratischer Selbstbestimmung verkörpern. Wer Mitglied in einer demokratischen Gesellschaft sein soll, bestimmen die bisherigen Mitglieder dieser Gesellschaft. Die Migrant\_innen nehmen an der Entscheidung über ihre „Integration“ nicht teil, zum Beispiel weil sie über kein Wahlrecht und nicht die Staatsbürgerschaft ihres Aufnahmelandes verfügen. Die Aufnahmegesellschaft steckt den Rahmen ab, in dem sich demokratische Selbstbestimmung entfalten soll. In der Realität geht diese Selbstbestimmung aber oft mit der Verteidigung von Privilegien der Mehrheit einher: Menschen fürchten um ihren Arbeitsplatz, wenn Migrant\_innen in die Aufnahmegesellschaft einwandern; andere sorgen sich um die Aufstiegschancen ihrer Kinder, wenn diese mit Nicht-Muttersprachlern die selbe Schule besuchen.

Eine solche Haltung materialisiert sich beispielsweise in Volksentscheiden wie dem Minarettverbot und der „Ausschaffungsinitiative“ in der Schweiz oder der Schulreform in Hamburg. Zwar erfolgten diese Volksentscheide auf der Grundlage demokratischer Verfahren, aber ihr Ergebnis widerspricht den unveräußerlichen Menschenrechten, auf die sich beide Gesellschaften beziehen. Benhabib schlägt deswegen eine radikale Abkoppelung des *demos* und *ethnos* vor:<sup>5</sup> Jeder Mensch unterfällt der politischen Jurisdiktion an dem Ort, wo er oder sie lebt. Die Konsequenz aus dieser Entscheidung wäre, dass jeder Mensch an dem Ort, wo er lebt, auch mitentscheiden kann. Im Rahmen sogenannter demokratischer Iterationen sollen laut Benhabib die Rechtsansprüche von Gesellschaften immer wieder neu in der Öffentlichkeit verhandelt werden können.

Dennoch: am Ende setzen sich alle Demokratien Grenzen und legen fest, wer ihr angehört und wer nicht. Dieser Widerspruch lässt sich auf lange Sicht nicht auflösen und verweist auf die limitierten Möglichkeiten, die uns Demokratien bei der Lösung von Migrationskonflikten aufzeigen. Eine Kritik der „Integrationsdebatte“ muss daher auch eine Kritik an der Demokratie sein.

Offenkundig werden die Normen, die als „echte Integration“ verstanden werden, vom Altbestand der Gesellschaft vorgegeben. Es grenzt an Realsatire, wenn CDU-

---

<sup>4</sup> Seyla Benhabib (2004): Die Rechte der Anderen, Bonn, S. 51

<sup>5</sup> Ebd. S. 168ff

Politiker\_innen besonders muslimischen Migrant\_innen vorwerfen, diese würden die Frauenrechte und die Rechte von Homosexuellen nicht beachten. Dieselben CDU-Politiker\_innen haben im Bundestag jahrzehntelang gegen die Gleichberechtigung von Homosexuellen gestimmt, ein patriarchales Familienmodell und ein frauenfeindliches Menschenbild vertreten. Diesen konservativen Gesellschaftspolitiken zum Trotz wurden in Deutschland im Lauf der Jahrzehnte soziale Rechte erkämpft, hinter die man nicht zurückfallen darf. Die Legitimität dieser Rechte ergibt sich aus ihrem materiellen Gehalt, keineswegs können sie sich als Teil einer „deutschen Leitkultur“ gerieren. Das Ziel einer emanzipatorischen Politik für alle in Deutschland lebenden Menschen muss es sein, die sozialen Rechte aller öffentlich zu vertreten. Wir brauchen einen argumentativ starken gesamtgesellschaftlichen Diskurs über Freiheits- und Gleichheitsrechte, der sich ständig den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen anpasst. Die derzeitige „Integrationsdebatte“ ist erinnert hingegen an kolonisierende Erziehungsmissionen früherer Jahrhunderte. Sich diesem Diskurs zu verweigern und partizipative Beteiligung einzufordern, bleibt ein Recht der Migrant\_innen.

### ***Alles für den Standort!***

In § 1 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) heißt es: „Das Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland. Es ermöglicht und gestaltet Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland (Hervorhebung durch Autor). Das Gesetz dient zugleich der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland.“

Die eigentliche Intention der Debatte wird im AufenthG auf den Punkt gebracht. Es geht vor allem um die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland, also um das, was die Wirtschaft für den „Standort Deutschland“ beanspruchen zu können glaubt. So griff der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann, in die „Integrationsdebatte“ ein und forderte mehr Fachkräfte für Deutschland. Damit schlug Zimmermann zwar nicht die rassistische Tönen eines Sarrazin, Seehofer und Co. an, aber er wollte nur einen bestimmten, für die Wirtschaft nützlichen Teil von Migrant\_innen aufnehmen. Auf einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung hatte Zimmermann die europäische Migrationspolitik mit den Worten

beschrieben: „Unable to avoid, unable to attract“.<sup>6</sup> Er meint damit, dass die EU unfähig sei, die aus Sicht der Wirtschaft unerwünschten Migrant\_innen aus der EU fernzuhalten und ebenso unfähig, die gewünschten MigrantInnen zu gewinnen. Auf diesen Konsens könnten sich alle Parteien wohl einigen. Für alle Menschenrechts-Politiker\_innen, die ebenfalls eine stärkere Steuerung von Migration fordern, sollte jedoch klar sein, was dies im Umkehrschluss für die „unerwünschten“ Migrant\_innen bedeutet.

An den Außengrenzen der Europäischen Union erleben wir heutzutage schon, was unter „Steuerung von Migration“ verstanden wird. Hier sorgt die Sicherheitsagentur Frontex dafür, dass es Migrant\_innen fast unmöglich gemacht wird, in die EU einzureisen. Boote von Migrant\_innen werden aufgehalten und die Bootsinsassen nicht selten in Länder wie Libyen abgeschoben, wo ihnen Gefängnis und Folter drohen. Seit 1988 sind mindestens 14.800 Personen an den Grenzen gestorben, wobei die vielen undokumentierten Toten nicht mitgerechnet sind. Der Schriftsteller Iljia Trojanow bemerkt: „Vergegenwärtigt man sich, wie oft die Berliner Mauer als Symbol eines Willkürstaates, als unverputzter Ausdruck von Unrecht und Gewalt angeführt wurde, muss die Frage gestellt werden, was die gegenwärtigen Mauern, auch wenn sie fließend sind, über unsere Gesellschaft und die herrschende Politik aussagen“.<sup>7</sup> Manche nennen es ein Glück, dass das Sicherheitsarsenal der Europäischen Union immer wieder versagt und Migrant\_innen trotz dieser Art von „Steuerung von Migration“ nach Europa gelangen. Gemessen an den staatlich formulierten Zielen scheitert die Migrationspolitik<sup>8</sup> und führt uns Europäern vor Augen, dass Migrant\_innen nicht nur als „Opfer“ gesehen werden dürfen, wie es zum Beispiel die Grünen gerne tun. Eigenmächtigkeit und Widerstand von Migrant\_innen gegen das EU-Grenzregime zeigen, dass Migrant\_innen selbstständige Akteure sind, die sicherheitspolitische Schranken überwinden und eigene Wege gehen, um Europa zu erreichen. Damit beeinflussen sie die Migrationspolitiken aller EU-Länder erheblich. Freilich erwartet viele in Europa nicht das ersehnte Himmelreich, sondern eher eine neue Hölle von Ausbeutung, Illegalisierung und Lagerunterbringung, die sie zu Opfern machen kann. Die Migrant\_innen aber nur als „Opfer“ zu sehen, würde den immerhin auch möglichen positiven Ausgang der weltweiten Migrationsgeschichten vernachlässigen.

---

<sup>6</sup> Im Rahmen eines Vortrages von Zimmermann auf der Tagung „Mobilität und Inklusion“ vom 18. bis 19. Februar 2010 in Berlin.

<sup>7</sup> Laudatio von Iljia Trojanow anlässlich der Verleihung des Menschenrechtspreises von Pro Asyl, 04.09.2010

<sup>8</sup> Stephen Castles (2005): Warum Migrationspolitiken scheitern; in: Peripherie, 25 H. 97/98, S. 10



Aufgrund der neoliberalen Verrückung der Migrationspolitiken ist der humanitäre Aspekt, der im Aufenthaltsgesetz noch genannt wird, praktisch verschwunden. Es war eine große Koalition aus CDU/CSU, FDP und SPD, die 1993 das Asylrecht faktisch abgeschafft hat. Seitdem ist die Anzahl der Asylanträge drastisch zurückgegangen. Schaffen es Menschen dennoch, einen Asylantrag in Deutschland zu stellen, sind sie mit einer rassistisch überformten Verwaltung konfrontiert, müssen in Flüchtlingslagern leben und dürfen sich aufgrund der Residenzpflicht nur in einem eng gesteckten Bereich frei bewegen. Diese bürokratischen Instrumente genügen keinerlei humanitärem Anspruch. Derzeit scheinen die Parteien nicht gewillt, an diesem Zustand etwas zu verändern. Unter Rot-Grün wurde zwar das Staatsangehörigkeitsrecht stark verbessert, aber das Asylrecht blieb weiterhin ausgehöhlt und das Lagersystem wurde nicht abgeschafft. Zu stark scheinen die ausländerfeindlichen Ressentiments in der Bevölkerung zu sein, um wirkliche Fortschritte für ein humanitäres Bleiberecht anzustreben. Das Problem sind nicht die Migrant\_innen, sondern eine Gesellschaft, die auf Ausgrenzung programmiert ist.

### ***Unter Kartoffeln – über Spracherwerb und Deutschenfeindlichkeit***

Die hartnäckigste Forderung in der „Integrationsdebatte“ bleibt der Erwerb der deutschen Sprache. Wenn sie Deutsch könnten, stünden den Migrant\_innen Tür und Tor offen, meinen die Migrationspolitiker\_innen. Sprachkurse werden aber immer noch nicht flächendeckend angeboten, sind oft für die Migrant\_innen zu teuer und schließen viele Migrant\_innen, zum Beispiel Illegalisierte, aus. Zudem stehen die realen Erfahrungen von vielen Migrant\_innen dieser pauschalen Forderung entgegen. Auch wenn Migrant\_innen die deutsche Sprache perfekt beherrschen, bleiben sie weiterhin von vielfältigen Diskriminierungen betroffen. Ob Hans oder Mehmet den begehrten Arbeitsplatz bekommen, entscheidet sich oftmals schon durch den Namen auf den Bewerbungsunterlagen. Ob Maria oder Dilek eine Wohnung finden, entscheidet der/die Hausbesitzer\_in schon beim Öffnen der Tür. Sprache ist sicherlich ein Weg für die Teilhabe in einer Gesellschaft, aber der strukturelle Rassismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft lässt die individuellen Erfolge von Migrant\_innen oft ins Leere laufen.

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hat erst kürzlich in ihrer Studie „Die Mitte in der Krise“<sup>9</sup> menschenfeindliche Einstellungsmuster an die Öffentlichkeit gebracht. Schon bevor die Sarrazin-Debatte losging, stimmen 58,4 Prozent der Befragten der Aussage zu,

---

<sup>9</sup> Vergleiche: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>

dass die Religionsausübung von Muslimen in Deutschland stark eingeschränkt werden solle. Und 55,4 Prozent können es gut verstehen, dass manchen Menschen Araber unangenehm sind. Die Studie weist ebenfalls auf autoritäre Charakterzüge in der deutschen Mehrheitsgesellschaft hin. 13,2 Prozent wünschen sich einen starken Führer und mehr als 20 Prozent wollen eine Einheitspartei, die den „deutschen Volkskörper“ vertritt. Es sind solche Verhaltensweisen, die Migrant\_innen aus der Gesellschaft ausgrenzen und ihnen trotz der deutschen Sprache nur wenige Chancen offen lassen.

Ein neues Argument in der „Integrationsdebatte“ ist die behauptete Deutschenfeindlichkeit bestimmter Gruppen von Türken und Arabern.. Der hessische CDU-Politiker Christian Wagner forderte schon im hessischen Landtagswahlkampf 2009 die sofortige Abschiebung von Migrant\_innen, die „Scheiß Deutscher“ sagen. Die Debatte wurde zunächst von der linken Lehrgewerkschaft GEW aufgenommen, dann aber – gegen die Interessen der GEW - durch Familienministerin Kristina Schröder instrumentalisiert. Schröder beklagte sich lauthals über Beleidigungen wie „Du Kartoffel“ oder „Deutsche Schlampe“, die sie als Deutschenfeindlichkeit und Rassismus brandmarkte.

Diese Argumentation verkennt die Machtverhältnisse in Deutschland. Die GEW wollte mit ihrer Analyse der Situation auf deutschen Schulhöfen ein umfangreicheres Problem ansprechen: in der Schule werden ja nicht nur Deutsche beleidigt, auch „Jude“ oder „Schwuchtel“ und alle möglichen Beleidigungen sind beliebte Schimpfwörter. Es geht nicht an, solche Beschimpfungen nach Kulturen einzuordnen, denn die Probleme auf deutschen Schulhöfen rühren von sozialen Umständen her. Nicht nur Jugendliche mit Migrationshintergrund legen einen patriarchalen Machismo-Habitus an den Tag. Die konkreten Erfahrungen der sozialen Ausgrenzung, die Jugendliche heutzutage immer wieder erleben, führen zu aggressiven und dominanten Verhaltensweisen gerade in sozialen Problemfamilien gleich welcher Herkunft. Die „Integrationsdebatte“ bezeichnet daher im Kern eigentlich immer ein soziales Problem. Wo sind die politischen Stimmen, die sich für eine emanzipatorische Pädagogik und Sozialpolitik einsetzen?

### ***Bevölkerungspolitik statt kritischer Gesellschaftswissenschaft***

Die „Integrationsdebatte“ verweist weiterhin auf die derzeitige Situation der Gesellschafts- und Sozialwissenschaften in Deutschland. Erst das Netzwerk Kritische Grenzre-

gimeforschung brachte mit seinem Aufruf „Demokratie statt Integration“<sup>10</sup> wissenschaftlich belegte, kritische Töne in die Debatte ein. Die UnterzeichnerInnen stellten fest: „Es sind politische Entscheidungen, die für die Verarmung und soziale Deklassierung zunehmender Teile der Bevölkerung verantwortlich sind. (...) Das Problem sind weder die Armen noch die MigrantInnen, das Problem ist eine Politik, die Armut und Rassismus produziert.“ Der Aufruf bewirkte leider keine breitere gesellschaftliche Diskussion in Deutschland.<sup>11</sup> Dagegen sind im Mainstream-Diskurs andere Akteure dominant. Das Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung lieferte den Medien das Datenmaterial in der „Integrationsdebatte“. Die ewig alte Leier vom „Aussterben der Deutschen“ wurde bemüht und auf den demographischen Wandel in der Gesellschaft hingewiesen. Man bräuchte mehr Zuwanderung, damit es auch in Zukunft arbeitsfähige Menschen gibt, die die Sozialsysteme finanzieren. Der Orientierungspunkt für die Zuwanderung von Migrant\_innen ist erneut das Wohl der Deutschen, hier der alternden Gesellschaft, die sich jahrzehntelang mehrheitlich gegen die Teilhabegerechtigkeit für Migrant\_innen engagiert hatte.

Die Aufgabe der Gesellschaftswissenschaften wird reduziert auf die Sammlung und Interpretation von Statistiken, komplexe gesellschaftliche Probleme werden auf Zahlen reduziert. Der französische Philosoph Michel Foucault hat diese neue Form des Politischen als „Biopolitik“ bezeichnet. Ab Mitte des 18. Jahrhunderts rückten die Menschen selbst, in Form der Bevölkerung, in den Fokus von Regierungspraktiken. In modernen Demokratien verfolgt die Politik das Ziel der „mustergültigen Verwaltung von Individuen“.<sup>12</sup> Dadurch werden kritische Ansätze einer Gesellschaftstheorie mehr und mehr marginalisiert. Soziolog\_innen sollen – so wird argumentiert - nicht mehr die Gesellschaft erklären, sondern vielmehr sagen, was wir aus Zahlen herauslesen können. An der Universität Hannover werden derzeit zum Beispiel kritische Wissenschaften wie die Sozialpsychologie abgeschafft. Nur die empirischen Sozialwissenschaften sollen im Zuge des neoliberalen Umbaus der Hochschulen erhalten bleiben.

---

<sup>10</sup> siehe: <http://demokratie-statt-integration.kritnet.org/>

<sup>11</sup> Hingegen führte der Aufruf „Ausschluss Basta!“, der nach den Gemeinderats- und Landratswahlen in Wien, bei der die rechtspopulistische FPÖ zahlreiche Stimmen gewonnen hatte, zu einer breiten Debatte in Österreich. An diesem Aufruf hatten sich auch bekanntere Intellektuelle, wie z.B. Elfriede Jelinek beteiligt und eine emanzipatorische Migrationspolitik eingefordert (u.a. die Abkehr von einer Kosten/Nutzen-Logik der Migrationspolitik, den Einschluss der Migrant\_innen auf dem Arbeitsmarkt und politische Rechte für Migrant\_innen).

<sup>12</sup> Michel Foucault (2006): Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am College du France 1977-1978, Frankfurt am Main, S. 144.

Diese Theoriefeindlichkeit zeigt sich auch in den Debatten. Eine solche Wissenschaft interessiert sich nicht für die Ursachen sozialer Problemlagen, sondern geht vom gesellschaftlichen Ist-Zustand aus. Eine Revitalisierung der Kritischen Theorie in Deutschland könnte hingegen in Zukunft für Interventionen in den politischen Diskurs sorgen. Die Selbstbestimmungsrechte der Menschen gehören in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Denn, wie sagte schon Kurt Lewin: „Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie“.<sup>13</sup>

### ***Perspektiven einer linken Reformregierung?***

Wie kommen wir aus dieser durch und durch falsch angelegten Debatte in Deutschland heraus? Auch vergangene linke Regierungen haben nicht vermocht, auf die Probleme der Migration angemessen zu reagieren. Es ist zwar das historische Verdienst der Regierung Schröder/ Fischer, Deutschland als ein Einwanderungsland definiert zu haben. Umfassende politische Folgeschritte blieben unter Rot-Grün jedoch aus.

Zunächst müsste eine zukünftige linke Reformregierung die Komplexität des Problems beim Namen nennen, um keine falschen Erwartungen zu wecken. In Anlehnung an das von Seyla Benhabib aufgezeigte demokratische Paradox muss klar gemacht werden: unter den derzeit unhinterfragten gesellschaftlichen Prämissen lassen sich viele der sozialen und migrationspolitischen Probleme nicht lösen. Die politische Linke muss sich auch ihrer eignen programmatischen Unzulänglichkeiten bewusst werden und darf keine falschen Erwartungen wecken. Ein demokratischer Aufbruch einer linken Reformregierung könnte und sollte darin bestehen, den Menschen klar zu machen, unter welchen Verhältnissen wir leben und welche Alternativen wir haben. Hierzu müssen wir die Unterstützung von nicht parteipolitisch ausgerichteten wissenschaftlichen Instituten und Organisationen suchen, die in der Regel weiter als die Parteien über den politischen Tellerrand blicken können.

Konkret im Hinblick auf die Integrationsdebatte lassen sich außerdem aber Lösungsmöglichkeiten benennen, die schon heute umgesetzt werden können. Der Asylkompromiss von 1993 muss rückgängig gemacht und ein Asylrecht verabschiedet werden, das seinen Namen auch verdient. Die Residenzpflicht, das Flüchtlingslagersystem, das Asylbewerberleistungsgesetz und die Abschiebungen gehören abgeschafft. An die Stelle

---

<sup>13</sup> Kurt Lewin (1951): *Field theory in social science; selected theoretical papers*; D. Cartwright (Hrsg.) New York: Harper & Row, S. 169

dieser diskriminierenden Maßnahmen muss ein Wahlrecht für Migrant\_innen geschaffen werden, und zwar nicht nur kommunal, sondern bundes- und europaweit. Ein linkes Parteienbündnis muss zudem strukturelle Rassismen in der Gesellschaft abbauen. Dabei müssen die Parteien auch bei sich selbst anfangen und eigene rassistische Denkmuster, die noch dazu nationalistisch unterfüttert sind, abbauen. Dass die Grünen mit Cem Özdemir einen türkischstämmigen Parteivorsitzenden haben, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in den linken Parteien Migrant\_innen schwach repräsentiert sind. In den Gewerkschaften sieht es kaum besser aus: Es gehört zu den dunklen Kapiteln der nachkriegsdeutschen Gewerkschaftsgeschichte, dass sich der DGB gegen die „wilden Streiks“ von Migrant\_innen während der 70er und 80er Jahre wendete. Zuerst muss die gesellschaftliche Linke aber begreifen, dass Migration und „Integration“ auf sozial- und bildungspolitischen Antworten der Gesellschaft warten. Auch wenn in Hamburg die Schulreform gescheitert ist, bleibt die Schule für Alle das Ziel einer emanzipatorischen Bildungspolitik. Dabei dürfen wir aber nicht nur über Schulstrukturen reden. In den Schulen braucht es eine radikaldemokratische Schulkultur, ohne den klassischen Frontalunterricht und ohne konstruierte Lehrer\_innenautoritäten, damit Bildung nicht zu einem Absatz in den Bewerbungsunterlagen wird, sondern demokratisierend auf die gesamte Gesellschaft einwirkt. Inklusion als politische Forderung in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen muss selbstverständlich sein. Letztendlich ist Migration ein globales Phänomen. Deswegen müssen die Parteien und die gesellschaftliche Linke transnationale Lösungen und Bündnisse finden. Die „No-Border-Camps“ vor den europäischen Flüchtlingslagern und die Forderung nach einem Recht auf Globale Bewegungsfreiheit liefern hier einen relevanten Anknüpfungspunkt. Politisches Handeln darf im 21. Jahrhundert nicht im Nationalstaat feststecken.

BISHER IN DER PUBLIKATIONSREIHE DENKANSTÖßE  
ERSCHIENEN:

- #1** Wolfgang Neskovic: Der Sozialstaat und die Wirtschaftskrise
- #2** Birgit Mahnkopf: Leitbilder auf dem Weg aus der neoliberalen Sackgasse
- #3** Andrea Ypsilanti & Hermann Scheer: Der Weg aus der Systemkrise des Wirtschaftens
- #4** Marco Bülow: Die Lobby-Republik
- #5** Klaus-Dieter Stork: So wie es bleibt, ist es nicht
- #6** Katharina Weinberger: Ungezügelter De-Regulierung und die Finanzkrise in Europa
- #7** Hans Arold: Der Bildungs-Begriff in der neoliberalen Denkfalle
- #8** Matthi Bolte, Andreas Bovenschulte & Andreas Fisahn: Die große Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft und die EU
- #9** Werner Schieder: Perspektiven der Europäischen Währungsunion
- #10** Wolfgang Neskovic: Wem gehört die Demokratie?

Alle Denkanstöße stehen online kostenlos als Download zur Verfügung. Das Institut Solidarische Moderne freut sich aber über Ihre Spende zur Unterstützung der Denkanstöße und der Arbeit der Programmwerkstatt.

[www.solidarische-moderne.de](http://www.solidarische-moderne.de)